

Chaos Computer Club Stuttgart



Positionen, Forderungen und Wünsche an den Koalitionsvertrag  
zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU in der 17.  
Legislaturperiode

Stefan Leibfarth, Andrea Wardzichowski et al.

Chaos Computer Club Stuttgart

16. April 2021

## **Inhaltsverzeichnis**

Bekämpfung der Corona-Pandemie.....	3
Inneres und Justiz.....	4
Digitalisierung der Verwaltung.....	5
Wirtschaft.....	5
Bildung und Ausbildung.....	6
Datenschutz, Informationsfreiheit und der LfDI.....	7
Digitale Infrastruktur.....	7

## ***Bekämpfung der Corona-Pandemie***

- Nach einer guten Reaktion auf die erste Welle der Pandemie hat sich die Politik, auch in Baden-Württemberg, von der Wissenschaft entfernt. Dieser Fehler sollte aus unserer Sicht sofort korrigiert werden. Es existiert auch kein Gegensatz von Wissenschaft und Wirtschaft, sondern die Wissenschaft weist den Weg hin zu Perspektiven für die Wirtschaft. Eine Inzidenz unter 10 pro 100.000 Einwohnern bezogen auf die letzten 7 Tage sollte daher das Ziel in BaWü sein und konsequent angestrebt werden.
- Ein Baustein um dies zu erreichen ist die Digitalisierung der Gesundheitsämter. Diese muss massiv voran getrieben werden, denn nur so können nötige Maßnahmen schnell und zielgerichtet umgesetzt werden.
- Kauf der Luca-App rückabwickeln. Statt ein Problem zu lösen schafft die App zahlreiche Neue (Große zentrale Datenbank sensibler Daten; Überflutung der Gesundheitsämter). Die vergangene Tage und Wochen haben gezeigt, dass die größte Stärke der Macher von 'Luca' Öffentlichkeitsarbeit ist, nicht etwa kompetente Software-Entwicklung. Die Einführung von 'Luca' ist zudem unnötig, denn die existierende Corona-Warn-App (CWA) wird zeitnah mit der Möglichkeit zum Einchecken an Orten und bei Treffen nachgerüstet. Dies erfolgt für das Land kostenlos und ist zudem in vorbildlicher Weise datensparsam. Die dann fehlenden BesucherInnen-Listen für die Gesundheitsämter halten wir für entbehrlich, die NutzerInnen werden direkt von Ihren Geräten gewarnt und können entsprechend sinnvoll reagieren. Menschen, die auf eine Warnung der CWA nicht reagieren, werden in der Praxis auch nicht vom Gesundheitsamt zu solidarischem Verhalten gezwungen werden können. Die CoronaVO sollte entsprechend angepasst werden.

## ***Inneres und Justiz***

- Schaffung einer [unabhängigen Ermittlungsstelle](#) bei polizeilichem Fehlverhalten
- Unabhängige, wissenschaftliche Evaluation der PolG-Verschärfungen der letzten Legislatur-Periode. Rücknahme aller Verschärfungen, deren Nutzen nicht so groß ist, als dass er die damit eingehenden Einschränkungen der Bürgerrechte rechtfertigen kann.
- Jede Abfrage bei Telekommunikationsanbietern muss den Betroffenen, nach Abschluss der Ermittlungen, in geeigneter Weise mitgeteilt werden. Dies muss auch bei massenhaften Abfragen über IMSI-Catcher und Funkzellenabfragen gelten. Die geplante Einführung des [Funkzellenabfragen-Transparenz-Systems](#) nach Berliner Vorbild ist zeitnah ab zu schließen.
- Verbot der Nutzung von Staatstrojanern für Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz, denn die dazu nötigen Sicherheitslücken bedrohen uns alle und müssen geschlossen werden.
- Keine 'intelligente' Videoüberwachung oder [biometrische Massenüberwachung](#), auch nicht im privatwirtschaftlichen Sektor, z.B. in Stadien.
- Mit jedem Gesetzentwurf muss eine [Synopsis](#) veröffentlicht werden, denn gerade bei komplexen Änderungen ist es selbst für interessierte Bürger kaum möglich Änderungen zu überblicken.
- Meldepflicht für alle Sicherheitslücken die Landesbehörden bekannt sind/werden nach dem 'Responsible disclosure'-Verfahren an die Erstellerin.

## ***Digitalisierung der Verwaltung***

- Im Sinne der digitalen Souveränität unseres Bundeslandes sollte ein Ausstieg aus der massenhaften Nutzung und Lizenzierung von proprietärer Software zum nächst möglichen Zeitpunkt durchgeführt werden. Beispielhaft sind hierfür die Produkte der Firma Microsoft (Windows, Office, etc). Diese sind durch freie Alternativen zu ersetzen. Die hiermit eingesparten Lizenzkosten sind in die Weiterentwicklung und ggf. Anpassung zu investieren. Hierdurch profitiert die gesamte Gesellschaft auf vielfältige Weise und nicht nur die Aktionäre einiger weniger Großkonzerne.
- Alle gängigen Amtsgänge sollten digital und gleichzeitig sicher abwickelbar sein.

## ***Wirtschaft***

- Datenschutz und Informationssicherheit nicht als Bremse, sondern als Chance begreifen und eigene Innovationen voran treiben. Statt neidisch ins Silicon Valley zu schauen, sollten wir, basierend auf unseren ethischen Vorstellungen, selbst innovative Produkte und Lösungen entwickeln. Als Projekt könnten wir uns die Entwicklung und Herstellung eines Smartphones, zu 100% aus offener Hard- und Software, vorstellen.

## ***Bildung und Ausbildung***

- Ausstattung aller SchülerInnen mit Linux-Laptops. Tablets sind geschlossene, künstlich limitierte Geräte und deshalb nur in Ausnahmefälle sinnvoll.
- Massiver Ausbau der Stellen/Deputate die sich um administrative Aufgaben kümmert (z.B. Hardware, Software, Infrastruktur). Diese AdministratorInnen sollten überdies ihr Wissen an die Schülerschaft vermitteln und diese aktiv einbinden.
- Die Verwendung von Freier Software (z.B. Linux, LibreOffice, usw.) muss in der Schule Standard sein, Ausnahmen nur in begründeten Einzelfällen, z.B. zur Ausbildung an spezieller Software an Berufsschulen.
- Das gesamtgesellschaftliche Defizit in Medienkompetenz, dem grundlegenden Verständnis wissenschaftlicher Methodik sowie technischer Grundlagen muss schon in der Schule begegnet werden. Die Qualifikation der Lehrkräfte in diesen Bereichen muss massiv verbessert werden.
- Bei der geplanten Bildungsplattform untermauern und verweisen wir auf die Forderungen des Bündnisses [unsere-digitale.schule](http://unsere-digitale.schule), deren Teil wir sind.
- Umstellung auf aller Lern- und Lehr-Inhalte auf [Open Educational Resources](http://Open_Educational_Resources). Hier lassen sich Kosten sparen, Flexibilität erhöhen und massive Rechtsunsicherheiten beseitigen.
- IT-Sicherheit in Lehre und Studium fest verankern, so dass dieses Thema integraler Bestandteil wird. Nur so können zukünftige Systeme sicherer ausgelegt und nicht, wie all zu oft, im Nachgang notdürftig abgedichtet werden.

## ***Datenschutz, Informationsfreiheit und der LfDI***

- Die Landesregierung muss den begonnenen Weg hin zu einem Transparenzgesetz kompromisslos weiter gehen. Wo immer möglich sollen die dann bereitgestellten Daten über standardisierte Schnittstellen und Datensätze bereit gestellt werden ('Maschinenlesbarer Staat').
- Mehr Personal für Landesdatenschutzbeauftragten. Angesichts der zahlreichen Datenschutz-Verstöße in BaWü würden sich die geschaffenen Stellen durch verhängte Bußgelder selbst refinanzieren.
- Schaffung der Möglichkeit für den LfDI gegen Behörden Bußgelder zu verhängen.
- Erweiterte Berichtspflichten für den LfDI, insbesondere bzgl. Bearbeitungszeit von Beschwerden, LIFG-Anfragen und bei deren Vermittlung.

## ***Digitale Infrastruktur***

- Garantierte 1 Gigabit/s symmetrisch für alle Haushalte in BW. Statt Verträgen mit Konzernen, die uns erst in diese abgeschlagene Position gebracht haben, müssen gezielt lokale Initiativen gefördert werden.
- 100% Flächen-Abdeckung mit 5G innerhalb der Legislaturperiode. Schon heute das nächste Mobilfunk-Fiasko vermeiden und über den Bundesrat den regulatorischen Rahmen setzen.